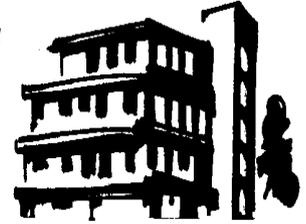




Unser Weg



45. Jahrgang

Nr. 367 - Mai 2019

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI FÜR REINHEIM

3 *Zukunfts-Konzept
Gersprenzthal-Bahn*

4 *Wohnrecht ist
Menschenrecht*

5 *(K)ein Arbeitskreis
Car-Sharing?*

6 *Abschaffung von
Atomwaffen
gefordert*

Bürgermeister-Wahl Ein Programm-Vergleich

Nach der überraschend angesetzten Neuwahl im Mai gibt es zwei Kandidaten, die sich um das Bürgermeister*amt in Reinheim bewerben: Kanya Pawlewicz-Rupp (Reinheimer Kreis) und Manuel Feick (SPD). Die Wählerinnen und Wähler haben also die Wahl...

Die DKP wird oft gefragt, warum sie keinen Kandidaten oder Kandidatin aufgestellt hat? Die Kürze der Zeit hat dazu geführt, dass wir uns gegen eine Kandidatur entschieden haben.

Keine Wahlempfehlung

Die DKP wird an dieser Stelle keine Wahlempfehlung aussprechen – beide Kandidat*inn*en vertreten grundsätzlich ein bürgerliches Wahlprogramm, beide haben das politische Handwerk bei der SPD gelernt. Mit beiden Kandidat*inn*en kann man sich politisch unterhalten, und diese Möglichkeit hat die DKP genutzt, und ihnen Fragen zu den Themen gestellt, die uns selbst politisch wichtig sind. Einzelheiten dazu weiter unten. Wir fordern alle fortschrittlichen Menschen auf, sich selbst einen Reim auf die Aussagen in den Wahlprogrammen zu machen, und dementsprechend zu entscheiden.
Ein Bürgermeister*innen-Wahlkampfist

immer auch eine Gelegenheit, einen neuen Wind wehen zu lassen. Die DKP nimmt erfreut zur Kenntnis, dass fortschrittliche Themen wie das Car-Sharing gleich den Weg in beide Wahlprogramme gefunden haben. Beide Kandidat*inn*en kündigen auch auf die eine oder andere Art einen neuen Stil des politischen Miteinanders an. Da kann sich tatsächlich vieles bessern – wer immer das Rennen macht: die DKP wird sie/ihn beim Wort nehmen.

Anmerkung: nachfolgend ist aus Platzgründen immer mal vom „Programm Feick“ oder „Programm Pawlewicz-Rupp“ die Rede, das ist natürlich nicht respektlos gemeint.

Bezahlbarer Wohnraum

Niemand stellt in Frage, dass es in Reinheim an bezahlbarem Wohnraum fehlt. Bezahlbar heißt für die DKP auch: Mietwohnungen mit Sozialbindung. Die DKP sieht die Stadt selbst in der Pflicht, beim Wohnungsbau tätig zu werden – sei es in Kooperation mit einem Bauträger; notfalls auch durch eigene Investitionen. Es fällt auf, dass das Wort „Mietwohnung“ in keinem der beiden Wahlprogramme überhaupt vorkommt. Im Programm Feick wird der „soziale Wohnungsbau“ genannt, der zu fördern ist. Konkrete

Vorschläge zur Bauförderung beziehen sich hier aber nur auf Wohneigentum von Familien mit Kindern. Im Programm Pawlewicz-Rupp, wird die Forderung nach einer besseren Entwicklung von Wohn- und Gewerbegebieten genannt.

Mehr tun für die Älteren

Schon vor Jahren war Reinheim mit einem „runden Tisch Senioren“ eigentlich auf einem guten Weg, um zu erarbeiten, für welche Angebote an Senioren der größte Bedarf besteht, um die dann im nächsten Schritt aufzubauen. Der runde Tisch wurde mit dem Argument „Finanzen“ gekippt und nicht weiter geführt, in Reinheim besteht damit inzwischen ein großes Vakuum, was die Seniorenpolitik betrifft. Mehrmals wurde der DKP Antrag "Bestandsaufnahme und Perspektive zur Seniorenpolitik" von der SPD-Grünen Mehrheit abgelehnt.

Im Programm Pawlewicz-Rupp wird konkret ein „Mehrgenerationentreff“ oder „freier Seniorentreff“ gefordert, der aus Fördermitteln zu finanzieren wäre. Eine „direkte Anlaufstelle für Senioren im Rathaus“ wird im Programm Feick angekündigt, darüber hinaus ein „Ausbau der Seniorenangebote“ in Zusammenarbeit mit „Bündnis für Familie, den

sozialen und karitativen Verbänden sowie den kirchlichen Einrichtungen“.

Den öffentlichen Verkehr ausbauen

Der Kfz-Verkehr wie auch öffentliche Verkehre in der Region stoßen schon seit Jahren an ihre Kapazitätsgrenzen – während beim Straßenbau für Pendler nach/durch Darmstadt wohl auch keine Erweiterung mehr drin ist, hat das Schienennetz nach wie vor Reserven – aktuell z.B. auch die Gersprenalbahn, deren Reaktivierung die DKP bekanntlich fordert.

Im Programm Pawlewicz-Rupp wird konkret die Kapazitätserweiterung der Odenwaldbahn und ein Stadtbahn für Reinheim gefordert. Außerdem hat sie sich mehrfach gegen eine Entwidmung der Bahntrasse nach Groß-Bieberau ausgesprochen - unabhängig vom Ergebnis der laufenden Studie.

Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs allgemein, wie auch eine Studie zur Gersprenalbahn fordern beide Programme. Im Programm Feick gibt es darüber hinaus keine konkreten Aussagen, was den öffentlichen Verkehr angeht.

Sozialer Bereich

Die Verantwortlichkeiten sind bei sozialen Aufgaben recht kompliziert voneinander abgegrenzt – damit ist es in vielen Fällen leider etwas zu einfach, zu sagen: Beratung und Betreuung sind keine städtische Aufgabe (sondern des Kreises). Wenn Menschen z.B. ohne jede Betreuung in städtischen Notunterkünften leben, entwickelt sich daraus keine Perspektive für die Betroffenen (für die Stadt, die die Unterbringung bezahlt, übrigens auch nicht).

Das Programm Pawlewicz-Rupp kündigt konkret eine weiter gehende Unterstützung für Menschen in sozialer Notlage an, z.B. beim Ausfüllen von Anträgen und Überprüfung von Bescheiden: direkt durch die Verwaltung oder indirekt durch Unterstützung entsprechender

Vereine. Darüber hinaus wird auch eine professionelle Hilfe durch sozialpädagogische Betreuung angekündigt. An anderer Stelle wird angekündigt, das auf Initiative der DKP begonnene und von der Rathausmehrheit gestoppte Projekt „Soziale Stadt“ wieder aufzunehmen.

Das Programm Feick ist hier sehr knapp: es findet sich nur das Ziel einer „Bereitstellung von Notunterkunftsplätzen“. Darüber verfügt Reinheim schon heute, allerdings mit einer in der letzten Zeit mehrfach kritisierten Qualität.

Jugendliche in Reinheim

Wenn Jugendliche in Reinheim öffentlich wahrgenommen werden, dann vielfach leider nur als Störfaktor; z.B. um den Bahnhof herum. Die Forderung nach einem offenen Jugendtreff lief auch in der jüngsten Vergangenheit wieder an die Mauer der Koalitionsmehrheit von SPD und Grünen.

Im Programm Feick ist konkret die Rede von „festen Treffpunkten“ und „Prüfung von möglichen Räumlichkeiten“ für Jugendliche – das lässt hoffen, dass es hier weiter geht. Die Ankündigung, Angebote im Gespräch mit den Jugendlichen weiter konkret auszugestalten, sehen wir ebenfalls als Schritt in die Richtige Richtung. Das Programm Pawlewicz-Rupp geht hier in die gleiche Richtung und ist erfreulich konkret: Erarbeitung eines „Konzeptes der Jugendarbeit unter Beteiligung der Jugendlichen“ und ein freier Jugendtreff.

Schwerlastverkehr

Seit Jahren besteht in Reinheim eine große Einigkeit über „Reinheim ohne LKW-Durchgangsverkehr“. Davon allen unterstützte Lösung war bisher, dass die Laster von der B426 Reinheim über die B38-neu / B26 weiträumig umfahren sollen – was bisher am Hessen Mobil und dem Grün geführten hessischen Wirtschaftsministerium scheiterte.

Das Programm Pawlewicz-Rupp ist bei diesem Punkt sehr knapp und allgemein gehalten. Sie ist „für Reinheim ohne

LKW-Durchgangsverkehr“. Im Programm Feick wird weiterer „Druck“ auf die zuständigen Behörden in Bund und Land angekündigt. Über dieses Wahlprogramm hinaus geht die Ankündigung in den „Visionen für Reinheim“, eine komplette Umfahrung (Lückenschluss B426 zwischen ALDI und Ortsausfahrt Ueberau, also eine weitere kurze Umgehungsstraße) zu verfolgen.

Weiter zu einer kostenfreien Kleinkindbetreuung

Bei den letzten Haushaltsberatungen forderte die DKP die Senkung der Gebühren für die U3-Betreuung um 20%: als Schritt hin zu einer kostenfreien Betreuung. Es wurde von der Koalition von SPD und Grünen abgelehnt.

Das Programm Feick kündigt eine „weitere Senkung der Betreuungskosten im U3-Bereich“ an. Abgesehen davon dass das „weitere“ hier nicht trifft, nachdem der DKP-Antrag abgelehnt wurde von der Koalition von SPD und Grünen. Im Programm Pawlewicz-Rupp findet sich keine konkrete Aussage zu Betreuungskosten, dafür Aussagen zu Qualität der Betreuung und den Zeiten, die sie abdeckt.

Bei dem Programm Pawlewicz-Rupp findet sich die allgemeine Aussage "Belastungen niedrig halten, Benachteiligte unterstützen" in dem es heißt, dass "ein familienfreundliches Reinheim muss die Belastung aller Familien niedrig halten".

Fazit

Klar ist: ein Wahlprogramm muss kurz sein um lesbar zu bleiben. Wir meinen aber: konkrete Aussagen an Stelle von unverbindlichen Absichtserklärungen hätten die Programme an vielen Stellen eher noch besser lesbar gemacht. Wer immer das Rennen macht: wir erwarten, dass auch da Taten folgen, wo bis jetzt nur gute Absichten erklärt werden. Klare Aussagen, die z.T. in beiden Programmen auch in die gleiche Richtung gehen, lassen hoffen, dass in den nächsten Jahren wichtige Dinge dort umgesetzt werden, wo es in der Vergangenheit Stagnation gab.

Meine Meinung



Es ist wohl eine „Herzensangelegenheit“ der Reinheimer GRÜNEN: Waldkindergarten.

So weit so gut.

Das ist wohl auch der Grund, dass das Thema immer wieder nachhaltig verfolgt und aufgewärmt wird.

Da werden Amtliche Bekanntmachungen und Pressemitteilungen veröffentlicht. Da werden Versammlungen einberufen. Und das alles über Jahre. Schließlich auch noch eine parlamentarische Anfrage.

In der Antwort heißt es, dass es 1 bis

4 Interessen-Bekundungen gegeben hat. Warum diese Hartnäckigkeit in der Verfolgung des Ziels? Die GRÜNE Idee ist Bestandteil des Koalitions-Vertrags von SPD und GRÜNEN. Deshalb legt man sich so ins Zeug.

Was wäre es so toll, wenn in anderen Fragen mit ähnlicher Vehemenz um eine Umsetzung gerungen würde.

Zum Beispiel: Bau von bezahlbaren Mietwohnungen. Oder: LKW-Verkehr raus aus den Ortsdurchfahrten.

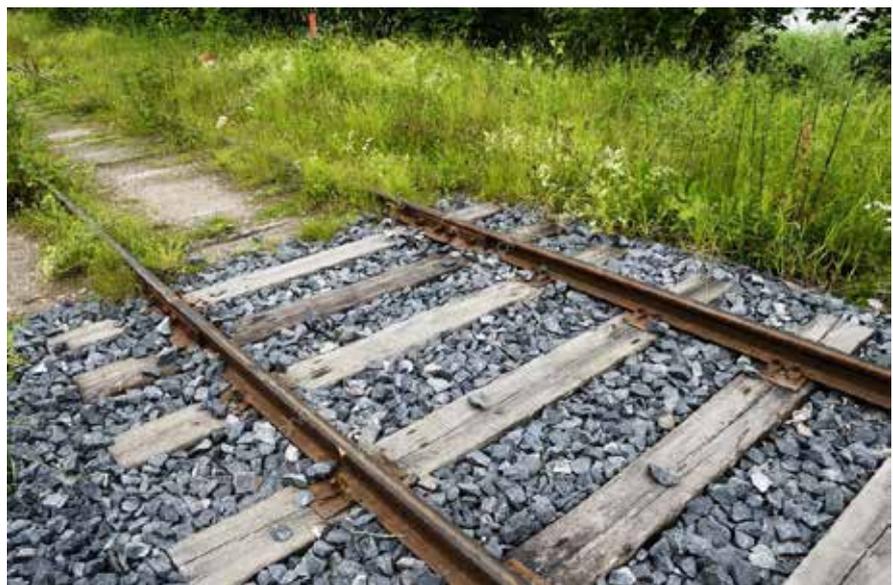
Als unverbesserlicher Optimist sage ich: Was nicht ist, kann ja noch werden.

Vielleicht ist dieser kleine Artikel jetzt hilfreich, dem großen Thema „Waldkindergarten“ ein Stückchen näher gekommen zu sein.

Arno Grieger

Zukunfts-Konzept Gersprenztal-Bahn

Eine Veranstaltung der Odenwaldbahn-Initiative fand im Hofgut statt und hätte nach Meinung der DKP-Vertreter mehr Besucherinnen und Besucher verdient. Denn es wurde erläutert, welche Möglichkeiten es geben könnte, wenn die Reaktivierung der Bahn von Groß-Bieberau über Reinheim direkt zum Ziel Darmstadt oder Frankfurt geführt werden könnte. Illusion oder Realität für die Zukunft? Mit dem Reaktivieren der vorhandenen Strecke könnte es eine Entlastung geben, die nicht nur die Beförderung zum Arbeitsplatz, Schule und vieles mehr



sicherstellt. Für Reinheim würde sich die Parkplatz-Situation entschärfen, ein Haltepunkt Siedlung könnte errichtet werden und es wäre ein Beitrag zur Erreichung der Klima-Ziele. Es wäre umweltgerecht, bequem und entlastend für alle. Deshalb dreht sich jetzt alles darum, dass die bestehende Bahntrasse nicht entwidmet wird. Die DKP-Vertreter bedauerten, dass es nicht gelungen ist, in der Stadtverordnetenversammlung in Reinheim einen klaren Beschluss in dieser Richtung zu fassen. Der Beschluss, dass ein Gutachten abgewartet werden soll und auf dieser Grundlage anschließend zu beschließen,

fasst zu kurz, wie nicht nur von den DKP-Vertretern erläutert wurde. Auch anwesende Bahnexperten bestätigten aus Erfahrungen, dass nicht das Gutachten entscheidend ist, sondern der politische Wille, Verkehrskonzepte zu entwickeln, die die Menschen problemlos zu ihren Wirkungsbereichen befördern. In diese Richtung zu denken, kann nur heißen: Die Zukunft braucht die Schiene und eine Umwidmung würde für lange Zeit das „Aus“ für solche Wege bedeuten. Am Beispiel Reinheim konnte man sehen, dass Umgehungsstraßen nicht für alles die „Alternative“ sein kann. Schiene hat Zukunft.

Unser Weg

Zeitung der DKP für Reinheim

Erscheinungsweise: monatlich

Verantwortlich: Walter Eckert,
Albrechtstr. 7, 64354 Reinheim (Ueberau),
Tel. 0 61 62 / 9173780

- Eigendruck -

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Wir freuen uns über Ihre
Solidaritäts-Spende.

UNSER-WEG-Konto
R. Grieger
IBAN: DE82 5085 2651 0075 1316 31

Reinheimer Bodenpolitik Wir waren beteiligt

Viele rühmen zuweilen die „Reinheimer Bodenpolitik“. Ältere Kommunalpolitiker erinnern sich noch gut, dass bestimmte Personen zwei städtische Grundstücke bekamen, auch manchmal richtig nebeneinander. Damit wurde Schluss gemacht.

In aller Bescheidenheit darf die DKP für sich in Anspruch nehmen: Wir waren beteiligt, solches abzustellen. Denn Grund und Boden ist nicht vermehrbar.

Zu erinnern ist an einen DKP Antrag vom Januar 1982 zur zukünftigen Vergabe von Bauplätzen.

Darin wird der Magistrat beauftragt, folgende Richtlinien zu beachten:

„1. Nur Bürger, die ihren ständigen Wohnsitz in der Stadt Reinheim haben, sind berechtigt, von der Stadt Reinheim einen Bauplatz zu erwerben.

2. Bürger, die bereits Häuser, Eigentumswohnungen oder Baugrund besitzen, erhalten keinen Bauplatz von der Stadt Reinheim.

3. Sollten nach vorgenannten Richtlinien weniger Bürger berechtigt sein, einen Bauplatz zu erhalten, bleiben die restlichen Bauplätze so lange unveräußert,

bis wieder berechnigte Bürger Interesse an Bauplätzen zeigen.

4. Ist die Nachfrage größer als das Angebot, sind die Bürger vorrangig zu behandeln, die in dem jeweiligen Ortsteil ansässig sind.

5. Die Vergabe soll nach sozialen Gesichtspunkten erfolgen.“

Dieser Antrag war damals eine Grundlage für Richtlinien zur Bodenpolitik in Reinheim. Sie wurden entsprechend den Gegebenheiten etwas angepasst.

Aus heutiger Sicht betrachtet war es zukunftsweisend. *Arno Grieger*

Wohnrecht ist Menschenrecht Es muss gebaut werden

Die Wohnungs-Demonstrationen in Berlin und anderen Städten sind wohl in Politiker-Ohren angekommen. Der Bundespräsident sprach gar bei der Eröffnung der Bundesgarten-Schau davon. Bis aber gehandelt wird, dürfte noch ein Weg zurückzulegen sein. Natürlich verkennt niemand die Unterschiede zwischen den Metropolen und auf dem Land.

Gut eine Million Sozialwohnungen gibt es heute in Deutschland. 1987 waren es in der alten Bundesrepublik noch fast vier mal so viele.

Deshalb ist eine starke Wiederbelebung des sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbaus ein entscheidendes Element. Viele einst in gemeinnütziger Regie gebaute Wohnungen sind heute zum Spekulationsobjekt von Finanzinvestoren geworden und für Normal- oder Geringverdiener kaum mehr erschwinglich. Bund, Länder und Kommunen haben es in der Hand. Sie verfügen über Grundstücke, die für sozialen Wohnungsbau genutzt werden könnten – statt sie meistbietend zu verkaufen.

Eine neue Initiative zum sozialen Wohnungsbau muss natürlich frühere Fehler vermeiden. Dies betrifft vor allem die zeitliche Befristung der Sozialbindung. Manch einer nannte diese Wohnungen deshalb „Eigentumswohnungen im Wartestand“.

Dringend angeraten ist auch ein Blick nach Österreich, in die Hauptstadt Wien.

Seit Jahrzehnten gibt es dort einen Gemeinde-Wohnungsbau mit begrenztem Mietpreis.

Und selbstverständlich ist es richtig, auf das Grundgesetz in den Artikeln 14 und 15 zu verweisen. Ganz klar ist die Möglichkeit der Enteignung als Verfassungsrecht festgeschrieben. Wer gegen diese Möglichkeit hetzt, sollte seine Verfassungstreue überprüfen lassen.

1971 formulierte die FDP in ihren Grundsatzprogramm: Nicht die Maximierung von Investoren-Renditen oder die Sanierung kommunaler Haushalte, sondern die „Versorgung aller Bevölkerungsgruppen mit ausreichendem Wohnraum und hu-

manerer Städtebau müssen die Hauptziele der Bodenpolitik“ sein.

Das klingt für heutige Verhältnisse ganz schön „revolutionär“.

In Reinheim sind wir trotz verschiedener Parlaments-Beschlüsse mit der Bebauung des Grundstücks im Teichweg nicht weiter gekommen.

Wenn es in absehbarer Zeit keine Möglichkeit gibt, eine Bebauung mit einer Genossenschaft durchzuführen, dann muss eben die Stadt selber bauen. Denn: Bezahlbarer Wohnraum wird gebraucht und Wohnrecht ist Menschenrecht!



(K)ein Arbeitskreis Car-Sharing?

Schon in der letzten Ausgabe von „Unser Weg“ hatten wir einen Antrag an die StVV angekündigt, einen kleinen Arbeitskreis zum Car-Sharing zu bilden. Der Antrag ging in den Bauausschuss und liegt, was den „parlamentarischen Geschäftsgang“ angeht, seitdem auf Eis. Arbeitskreis – das geht nach Auskunft des Ausschussvorsitzenden gar nicht, da von der HGO nicht vorgesehen.

Kleiner Rückblick: seit 2012 wurden durch Beschluss der StVV in Reinheim nach unserer Zählung fünf Arbeitskreise gegründet, alle auch einstimmig angenommen. Den Anfang machte ein „Arbeitskreis Energie“ auf Antrag von SPD/Grünen, danach kamen die „Soziale Stadt“ (Antrag der DKP), die „Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderungen“ (Antrag von SPD-Mitgliedern, aus denen sich später der Reinheimer Kreis bildete), die „Beispiel- und Besitzbare Stadt“ (Antrag von Reinheimer Kreis und FDP), und am Ende ein Arbeitskreis für einen Neubau des Bürgerhauses Georgenhausen/Zeilhard (Antrag der SPD).

Die Anträge, die nicht von SPD/Grünen kamen fielen allerdings in die „wilde gesetzlose Zeit“, in der SPD/Grüne ihre Mehrheit verloren hatten. Die entsprechenden Arbeitskreise wurden dann auch



von der alten / neuen Mehrheit schnell wieder abgeräumt.

Für alle diese Arbeitskreise wurde per Beschluss der StVV festgelegt, was der Arbeitskreis tun soll und wer mit arbeitet, teilweise auch, wie gearbeitet wird. Unverständlich, warum das jetzt plötzlich nicht mehr zulässig sein soll.

Grundsätzlich drängt sich hier die Frage auf, warum ein Ausschussvorsitzender die HGO so auslegen kann, wie es der parlamentarischen Mehrheit in den Kram passt. Beim Car-Sharing hat sich jetzt allerdings rein praktisch ergeben, dass genau das passiert, was beantragt wurde: Mitglieder der meisten Fraktionen der StVV arbeiten zusammen in einem „Ar-

beitskreis Car-Sharing“, der dann eben ohne Beschluss der StVV, aber durch eine formlose Absprache zwischen den Fraktionen gebildet wurde. Was dort an Ergebnissen heraus kommt, wird den Fraktionen am Ende zur Verfügung gestellt.

Kein Grund mehr zur Aufregung? Könnte man in Zukunft vielleicht immer so machen? Bleibt die Frage, warum es verboten sein soll, einen Arbeitskreis auch „offiziell“ zu bilden, wenn er uns bei einem wichtigen Thema voran bringen kann. Da warten wir bisher auf eine Antwort.

Friedrich Kammer

Shared Space – Ausflug nach Rudersberg

In den „Reinheimer Nachrichten“ wurde schon über einen Besuch des Arbeitskreises „Shared Space“ in Rudersberg berichtet. Der Besuch dort war tatsächlich informativ, und der Tagesausflug per Bus lohnte sich auch Dank eines anschließenden Imbisses und einer Weinprobe als krönendem Abschluss.

In Rudersberg konnte man eine Stadt erleben, die durch die Umgestaltung in jeder Hinsicht gewonnen hat – die Stadtmitte ist wieder zu einem Ort geworden, in dem man sich gerne aufhält. Auch und gerade als Fußgänger oder Radfahrer.

Bei der Präsentation konnte man auch erfahren, warum Rudersberg diesen Weg gegangen ist: die Straße durch den Ort war vorher ein klassischer Abkürzungsweg zwischen zwei Bundesstraßen. „Shared Space light“ (wie es der Vorsitzende des

AK Shared Space Eberhard Schreiber ausdrückt) führte hier zu einem deutlichen Rückgang des Durchgangsverkehrs: die KfZ kommen auf den Bundesstraßen inzwischen schneller durch, als auf der beruhigten Stadtdurchfahrt.

„Shared Space light“ funktioniert in Rudersberg also hervorragend. Was Reinheim angeht, haben wir noch ausreichend Zeit, darüber nachzudenken, was wir davon übernehmen können. Das Projekt in Rudersberg trägt schon offiziell den Titel „eine Gemeinde erobert ihre Mitte zurück“ – in Reinheim geht es zumindest bei der nördlichen Darmstädter Straße nicht um eine Mitte. In Rudersberg war eines der offiziellen Projektziele, den KfZ-Verkehr zu vermindern – genau das wurde auch erreicht. In Reinheim ist das auf der nicht-mehr-Bundesstraße bisher

kein Thema gewesen.

Schließlich stand in Rudersberg eine klare Zielsetzung vor dem Projekt – bleibt die Frage, welches Ziel in Reinheim mit „Shared Space light“ eigentlich erreicht werden soll. Zumindest das sollte klar beantwortet sein, bevor hier der erste Pflasterstein bewegt wird.



Friedrich Kammer

ICAN Städteappell Abschaffung von Atomwaffen gefordert

Die Stadtverordnetenversammlung hat mit 33 Ja-, 0 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen beschlossen und an und an die Bundesregierung weitergeleitet:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Reinheim ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellt. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung

zu deren Beitritt auf.“

Damit hat sich die Stadt Reinheim dem Appell ebenso angeschlossen, wie diese Städte: Mainz, Wiesbaden, Marburg, Köln, Potsdam, München, Göttingen, Dortmund, Bremen, Schwerin, Düsseldorf, Kaiserslautern (Stand 15. April 2019)

In der Begründung wird u.a. angeführt: Atomwaffen stellen eine besondere Bedrohung für Städte dar. Sie sind im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs. Damit sind Städte direkt betroffen und sollten sich deshalb in die Diskussion zu dieser Frage einmischen. Atomwaffen sind konzipiert, um Menschen und Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen. Die sogenannte nukleare Abschreckung basiert auf der

Drohung, die wichtigsten Orte eines Landes anzugreifen. ... Das Engagement von Städten ist wichtig, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit diese auf den Willen der Bevölkerung achtet. Wenn Städte die Regierung dazu auffordern, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten, ist dies eine spürbare Mahnung, dass die hier in Deutschland lebende Menschen Massenvernichtungswaffen ablehnen. Die Bundesregierung ignoriert diese Sicht bisher.

Ein neues Bündnis von Städten weltweit stärkt die Stimmen der Menschen überall und setzt alle Regierungen dieser Welt unter Druck, jegliche Beteiligung an der atomaren Abschreckung und jegliche Verstrickung in Atombombengeschäften zu unterlassen.

„Wasserstreit mit Frankfurt“

Als am 5. April 2019 ein Artikel mit dieser Überschrift im Darmstädter Echo zu lesen war, kam bei Ortsvorsteher und DKP-Stadtverordneten Walter Eckert aus Ueberau sofort die Erinnerung an den geplanten Verkauf des „Reinheimer Wassers“ Anfang der 70er Jahre. Damals war er auch schon im Ortsbeirat in Ueberau. Er weiß noch wie im

Reinheimer Rathaus geplant wurde, das Wasser an die „Südhessische“ damals zu verkaufen.

„Wasser – für welchen Preis?“ hieß damals die Überschrift in „Unser Weg“. Dabei ging es nicht nur um den Endpreis für die Verbraucher sondern auch um Rechte, die die Kommune noch hat. Walter Eckert: „Es gab breiten Wider-

stand in der Bevölkerung. Ein DKP Antrag im Ortsbeirat Ueberau gegen den Verkauf wurde mehrheitlich angenommen. Andere schlossen sich an. Letztendlich wurde dann während der Stadtverordnetenversammlung am 28. November 1975 der vom Magistrat eingebrachte Antrag zurückgezogen. Das war gut. Das sehe ich heute noch so.“

Europa, ein Kontinent des Friedens

Europa, ein Kontinent des Friedens. Klingt gut. Ist er aber leider nicht. Die EU will, dass ihre Mitglieder die Rüstungsausgaben erhöhen. Allein die NATO-Mitgliedsländer sollen bis zum Jahr 2024 2% ihres Bruttoinlandsprodukts für Rüstungsausgaben ausgeben, für Deutschland also fast eine Verdopplung. Und wer profitiert davon? Das sind doch nicht die Menschen. Rüstungsproduzenten und Banken und Versicherungen, die ihnen Kredite geben. Den Schaden? Haben wir! KITAs, Schulen, Krankenhäuser, sozialer Wohnungsbau, dort fehlt das Geld. Die EU und allen voran Deutschland und Frankreich, sind mit der NATO an zahlreichen Kriegen beteiligt. Nun soll die Militarisierung innerhalb der EU aber noch gesteigert werden: mit einer

eigenen EU-Armee. EU bedeutet Krieg. EU, das ist Sterben im Mittelmeer. Militäreinsätze in Mali und anderswo. Wir meinen: das Geld ist für soziale Aufgaben zu verwenden und nicht für Kriege und

Hochrüstung. Wir sagen Nein zu dieser EU. Ja zu einem sozialen und friedlichen Europa – Abrüsten statt Aufrüsten! Am 26. Mai die Deutsche Kommunistische Partei – DKP – wählen.



Geordnete Rückkehr-Gesetz – DGB-Vorstandsmitglied Buntenbach:

Es widerspricht Menschenwürde und Rechtsstaatlichkeit

Am 17. April hat die Bundesregierung den Entwurf des Bundesinnenministeriums zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht, das sogenannte „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“, beschlossen. Auch wenn dieser Gesetzentwurf gegenüber der ersten Fassung des Bundesinnenministeriums (BMI) bereits in einigen Passagen entschärft worden ist, würde seine Umsetzung fatale Folgen haben. Dazu sagt Annelie Buntenbach, DGB-Vorstandsmitglied:

„Es wäre das Beste, wenn der Gesetzentwurf noch vor dem Eintritt ins weitere parlamentarische Verfahren seine

geordnete Rückkehr in die Heimat, das BMI, antreten würde. Er nimmt in Kauf, unter den Geduldeten eine Gruppe von Entrechteten zu schaffen. Statt ihnen die Möglichkeit zu geben, selbst ihren Lebensunterhalt zu verdienen, werden sie vom Arbeitsmarkt abgeschnitten oder sollen im Gefängnis auf ihre Abschiebung warten.

Einziger Grund dafür ist, dass Innenminister Seehofer Härte demonstrieren und die Ausreisepflicht in Zukunft verschärft über Abschiebungen durchsetzen will, obwohl diese im Zweifelsfall aber genau wie heute gar nicht stattfinden kann:

weil Afghanistan zu unsicher ist, weil der EU-Staat, in dem der Geflüchtete seinen Asylerstantrag gestellt hat, ihn nicht zurücknimmt, oder weil gesundheitliche Hindernisse oder familiäre Bindungen der Ausreise im Weg stehen. Trotzdem erweitert der Gesetzentwurf die Inhaftierungs- und Ausweisungsgründe massiv und unterstellt die eigene Schuld am fehlenden Pass, was oft genug in den Wirren des Herkunftslandes oder der Flucht seine Ursache hat. Damit werden Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit über Bord geworfen.“...

Interessante politische Bücher

Wir machen unsere Leserinnen und Leser aufmerksam auf drei interessante Neu-Erscheinungen:

Willi Winkler,
DAS BRAUNE NETZ
Rowohlt Berlin

Und so war das nach 1945 in West-Deutschland: Nazis saßen in den Länderparlamenten, dem Parlamentarischen Rat und im Bundestag, in sämtlichen Behörden und Ministerien, in der Polizei, in der Justiz, sie saßen in der Regierung, und sie saßen zu Gericht, in manchen Fällen sogar über ihre ehemaligen Opfer, die während der Nazi-Zeit verfolgt wurden. Die frühe Bundesrepublik war ein einziger Skandal.

Rolf Geffken, Umgang mit dem Arbeitsrecht
VAR Verlag

Dies ist ein Buch für abhängig Beschäftigte. Im Konflikt zwischen Beschäftigten und Unternehmern

ergreift es Partei für die in lohnabhängiger Arbeit stehende Mehrheit der Bevölkerung. Der Autor informiert nicht „wertfrei“ über das Arbeitsrecht, sondern analysiert es von einem gewerkschaftlichen Standpunkt aus anhand von ausgewählten Schwerpunkten und Fällen aus der Praxis. Deutlich wird der unheilvolle Einfluss der neoliberalen Ideologie für die Zerstörung erkämpfter Strukturen des Arbeitsrechts durch Gesetzgebung, Rechtsprechung und auch Tarifverträge.

Angelika Arenz-Morch – Stefan Heinz, Gewerkschafter im Konzentrationslager Osthofen 1933/34

Landeszentrale Politische Bildung Rheinland Pfalz

Das Konzentrationslager Osthofen nahm 1933/34 eine Schlüsselstellung bei der Verfolgung der politischen und gewerkschaftlichen Opposition im Volksstaat Hessen ein. Maßgeb-

lich verantwortlich war der damalige Polizeipräsident, der NS-Jurist Dr. Werner Best. Er hatte bereits 1931 ein Szenario für die Ausschaltung von Gegnern der NSDAP entworfen. Das Buch erinnert an den Widerstand und die Verfolgung von Gewerkschaftsfunktionären, die in Osthofen inhaftiert waren. Insgesamt sind es 58 Biografien, u. a. von Carlo Mierendorff und Georg Fröba, sowie auch von Fritz Wörtge (Ueberau) für den ein Denkmal in Ueberau steht.

Über
www.dkp-reinheim.de
erreichen Sie uns auf



Grillfest am Vatertag, 30. Mai 2019

**ab 10 Uhr
Grillhütte
in Ueberau**



**Bier
vom Fass**

Veranstalter: DKP Reinheim